

Statement zur

VIK-Jahrespressekonferenz 2013

mit

Dr.-Ing. Dr.-Ing. E.h. Volker Schwich

Vorstandsvorsitzender des VIK, Georgsmarienhütte Holding GmbH

Dr. Annette Loske

VIK-Hauptgeschäftsführerin

Barbara Minderjahn

VIK-Büroleiterin Berlin

Berlin, 6. November 2013

Die Themen

- Energiepolitik für den Industriestandort Deutschland
- Förderung der erneuerbaren Energien
- Bewertung der industriellen Eigenerzeugung
- EU-Emissionshandel in und nach der 3. Handelsperiode

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

Die kommende Bundesregierung findet sich gerade und energie- und umweltpolitische Themen spielen aus gutem Grund eine zentrale Rolle bei den Koalitionsverhandlungen. Naturgemäß ist es für uns von besonders großem Interesse, wie sich die Politik im Hinblick auf die vielfältigen, mit der deutschen Energiewende verbundenen Aufgabestellungen ausrichten wird.

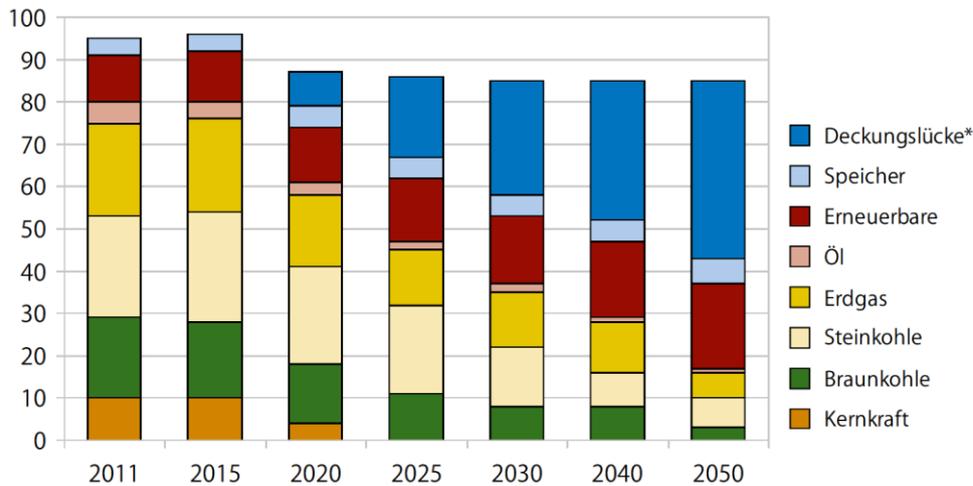
Bereits in den Wochen und Monaten vor der Bundestagswahl meinen wir, einen gewissen Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung über die Bedeutung von Industrie wahrgenommen zu haben. Die hierzulande noch immer breit aufgestellten Industriestrukturen mit vollständigen Wertschöpfungsketten und deren Bedeutung für Arbeitsplätze, Wohlstand und wirtschaftliche Stärke Deutschlands werden insgesamt höher bewertet als dies noch vor ein oder zwei Jahren der Fall war.

Eine pragmatische Debatte über das Zusammenspiel von ökonomischen Randbedingungen und ökologischen Zielen Deutschlands ist dennoch auch in diesen Tagen nicht leicht zu führen. Gleichwohl: für eine sachliche Auseinandersetzung über die Umsetzung der deutschen Energiewende im europäischen und globalen Kontext gab es lange keine bessere Ausgangslage. Eine große Chance für die große Koalition, ausgewogene energiepolitische Weichen für die kommende Legislaturperiode und darüber hinaus zu stellen. Das betrifft u.a. die Frage der komplementären Kapazitäten, die die volatilen Erneuerbaren auch in längerfristiger Zukunft ergänzen müssen. Der Bedarf ist hoch. Die Deckungslücke – im Bild in mittelblau eingefärbt – macht einen signifikanten Teil der Erzeugungslandschaft der Zukunft aus.

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Gesicherte Kraftwerksleistung und Deckungslücke bis 2050



* Fehlende gesicherte Leistung bezogen auf voraussichtliche Jahreshöchstlast zzgl. 10% Sicherheitsreserve

1

Quelle: Prognos, 2012

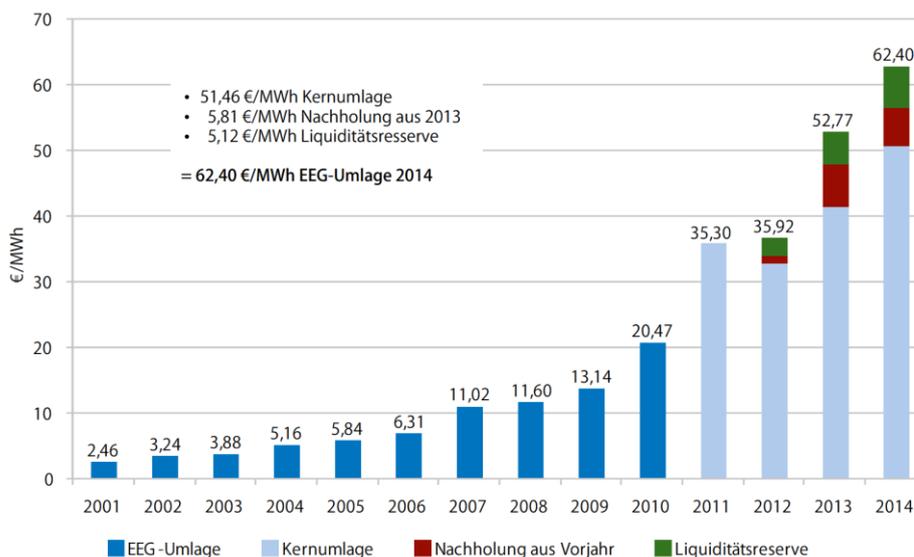
Damit Deutschland neben der ökologisch wünschenswerten Energiewende auch seine ökonomische Position im globalen Wettbewerb der Nationen halten kann, ist ein schlichtes „Weiter so“ nicht mehr möglich. Die Grenzen des Nebeneinanders von enormen Mengen erneuerbaren Stroms, der ohne Rücksicht auf Folgen in das bestehende Stromsystem drängt, sind erreicht. Ein Zusammenwirken der verschiedenen Elemente unseres komplexen Stromversorgungssystems wurde dagegen bisher noch gar nicht richtig in den Blick genommen. Spätestens jetzt ist das allerdings oberste Aufgabe der Energiepolitik. Das Anschubgesetz EEG hat funktioniert. Prima! Jetzt geht es nicht mehr um den schlichten Ausbau der Erneuerbaren. Es geht um die Energiewende und damit um ein funktionierendes Gesamtsystem auf Basis erneuerbarer Energien. Wir brauchen also jetzt ein Energiewendegesetz, das dieses Gesamtsystem in den Blick nimmt.

Dafür kann nur eine fundierte, langfristige Perspektive, die die Ziele der Umwelt, Wirtschaftlichkeit und Versorgungssicherheit in den Blick nimmt, den Weg aufzeigen. Wir brauchen dringend langfristige Investitionssicherheit im Bereich Energie und Industrie, um eine starke und funktionsfähige Energieversorgungslandschaft zu gewährleisten und um Investitionen auch in die energiekostensensiblen Bereiche unserer Wirtschaft anzureizen. Nur so können wir den Erhalt unseres deutschen Erfolgskriteriums Nr. 1 – geschlossene Wertschöpfungsketten in der produzierenden und dienstleistenden Wirtschaft – erhalten.

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Entwicklung der EEG-Umlage seit 2001 bis 2014 – Höhe 2014: 62,40 Euro/MWh



2

Was ist in dieser Hinsicht das Problem? Eines ganz sicher: das EEG und die damit verbundenen Kostenbelastungen. Die enorm sind! Bereits ein kleines Unternehmen, mit dem im Industriekontext überschaubaren Strombedarf von 500.000 kWh, zahlt 2014 über 30.000 Euro.

Vielfach ist zu hören, solche Belastungen gelten ja nicht für die Unternehmen, die im VIK organisiert seien. Diese Gruppe sei ja durch die Besondere Ausgleichsregelung im EEG von Zusatzbelastungen befreit. Lassen Sie uns dazu einmal die Fakten sprechen.

Viele der Unternehmen im VIK haben Unternehmensteile, die von der Besonderen Ausgleichsregelung profitieren und damit teilentlastet sind. Das ist auch absolute Notwendigkeit, damit diese energieintensiven Unternehmen in Deutschland auch heute noch erfolgreich arbeiten können. Schauen wir mal auf die Alternativen:

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Beispiele zur Kostenbelastung durch das EEG 2014

- **Haushaltskunde** (Strombedarf von 3.500 kWh/Jahr): **EEG-Belastung 218,4 Euro/Jahr**
Steigerung gegenüber 2012: 74%
- **Mittelständisches Papierunternehmen** (Strombedarf 250 Mio. kWh/Jahr):
EEG-Belastung mit Besonderer Ausgleichsregelung **250.000 Euro/Jahr**
Steigerung gegenüber 2012: 43% –
ohne Besondere Ausgleichsregelung wären es 15,6 Mio. Euro/Jahr
- **Energieintensive Grundstoffproduktion** (Strombedarf 1.250 Mio. kWh/Jahr):
EEG-Belastung mit Besonderer Ausgleichsregelung **625.000 Euro/Jahr** –
ohne Besondere Ausgleichsregelung wären es fast 78 Mio. Euro/Jahr

3

Und: Können sie sich darauf verlassen, dass die Entlastung Bestand hat? Schauen wir auf die politischen Diskussionen in Berlin und Brüssel, dann heißt die Antwort: sicher nicht! Also wird für die Zukunft einzuplanen sein: Wie sähe ein Wirtschaften in Deutschland ohne diese Teilentlastung aus? Dazu im Bild einige Zahlenbeispiele: Suchen Sie nach

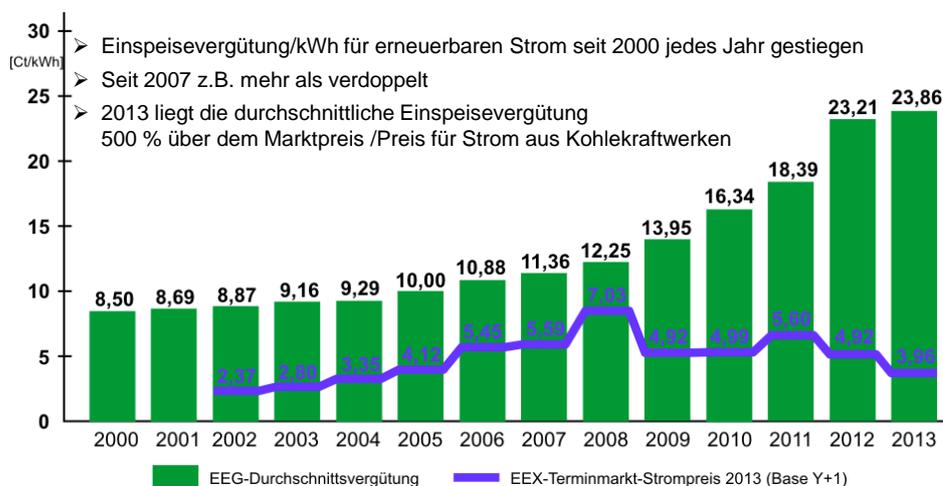
weiteren konkreteren Beispielberechnungen, so finden Sie eine Übersicht der Betroffenheit im Zusammenhang der Besonderen Ausgleichsregelung im EEG in den Begleitunterlagen zu meinem Statement.

Ein Ruhekissen ist die Besondere Ausgleichsregelung für die Unternehmen sicher nicht, allenfalls eine kurzfristig wirkende Beruhigungspille. Zwar erlaubt die Regelung aktuell ein Bestehen im internationalen Wettbewerb, Zukunftssicherung ist damit aber nicht verbunden. Die drohende Eröffnung eines Beihilfeverfahrens demonstriert das ganz eindrucksvoll. Und um das ganz klar zu sagen: Es geht der EU-Kommission dabei nicht nur und vielleicht sogar nicht vordringlich um die Ausnahmeregelungen für stromintensive Unternehmen. Es geht um das Gesamtsystem der Förderung für die erneuerbaren Energien, das als zu ausladend und binnenmarktfeindlich mehr als skeptisch beäugt wird.

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Entwicklung der durchschnittlichen EEG-Vergütung an Anlagenbetreiber



- Einspeisevergütung/kWh für erneuerbaren Strom seit 2000 jedes Jahr gestiegen
- Seit 2007 z.B. mehr als verdoppelt
- 2013 liegt die durchschnittliche Einspeisevergütung 500 % über dem Marktpreis /Preis für Strom aus Kohlekraftwerken

Das heißt: die bestehende Regelung hilft nur sehr begrenzt. Unverzichtbare Investitionen in Anlagenerneuerungen oder auch nur in deren Erhalt kann sie nicht fördern. Wir erwarten und fordern von der neuen Bundesregierung, dass sehr schnell Signale an die EU-Kommission gegeben werden. Signale, die deutlich machen: eine weitreichende EEG-Reform wird sehr bald und konsequent auf den Weg gebracht werden.

Unsere Hoffnung ist, dass so die Einleitung eines Beihilfeverfahrens noch verhindert werden kann. Kosteneffizienz und Abstimmung mit den EU-Nachbarn sind dabei wesentliche, bisher viel zu kurz gekommene Anforderungen. Mit dem etablierten System der garantierten Einspeisevergütung konnte und kann diesen Anforderungen nicht genügt werden. Es hat vielmehr dazu geführt, dass wir auch noch nach langen Jahren umfangreicher Förderung für erneuerbare Energien im Durchschnitt immer mehr, statt weniger für eine Einheit Strom aus erneuerbaren Quellen zahlen. Die jährliche Auszahlung aus dem EEG an Anlagenbetreiber von EEG-Anlagen steigt pro erzeugter Kilowattstunde Strom immer weiter und liegt um ein Vielfaches über dem Strompreis aus dem konventionellen Strommarkt. Unter dem Gesichtspunkt einer Entwicklung in Richtung Wettbewerbsfähigkeit kann das nicht überzeugen.

Strom aus erneuerbaren Energien muss sich zukünftig den Gesetzen der Vermarktung stellen. Die über das EEG bezahlte Abnahmegarantie, die selbst bei negativen Strompreisen am Markt gilt, muss entfallen. Eine Prämie könnte ergänzend zum Marktpreis gezahlt werden. Eine Veredelung des fluktuierenden Stroms aus Erneuerbaren-Energien-Anlagen sollte dazu führen, dass physikalisch abgesicherte und handelsübliche, also dem Verbrauch

angepasste Stromprodukte entstehen. Strom z.B. aus Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen könnte das genauso absichern wie etwa Verbrauchssteuerung bei Verbrauchern.

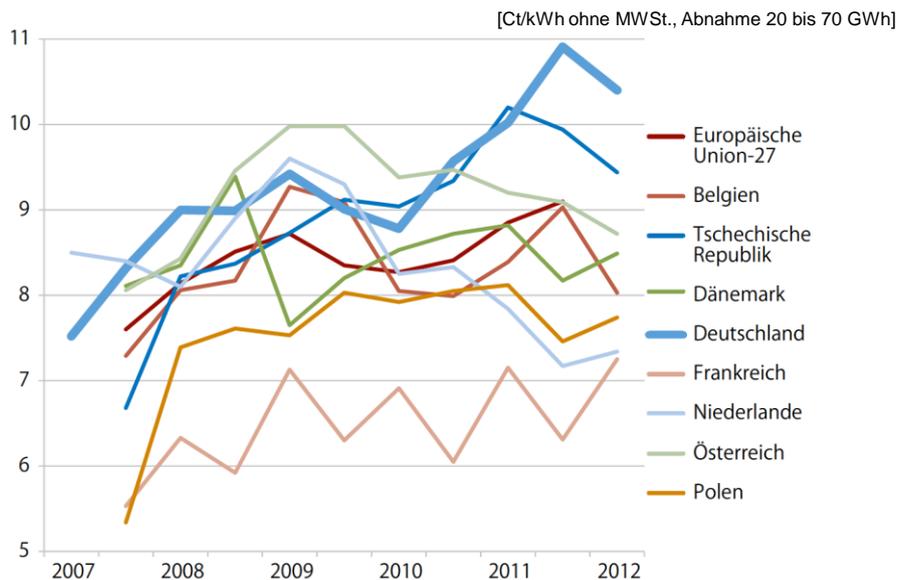
So wäre die Preisdifferenz zu unseren Wettbewerbern im EU- und globalen Ausland eventuell mal wieder zu stoppen oder sogar abzubauen.

Und so könnten wir auch unseren aus Brüssel argwöhnisch beobachteten Alleingang beenden und unsere EU-Nachbarn auf dem Weg in eine nachhaltigere Energiezukunft mitnehmen.

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Europäische Industriestrompreise im Vergleich



6

Quelle: Eurostat, IWK

Energiepreisdruck geht aber bei weitem nicht nur vom EEG aus. Für jeden unübersehbar sind die Börsenpreise für Strom seit der Krise 2008 gefallen und bewegen sich auf einem niedrigen Niveau. Hieraus wird immer wieder der falsche Schluss gezogen: Die Preise sind gefallen, also gibt es gerade für die Industrie kein Energiepreisproblem. Diese Einschätzung übersieht aber die Realitäten: Entscheidend

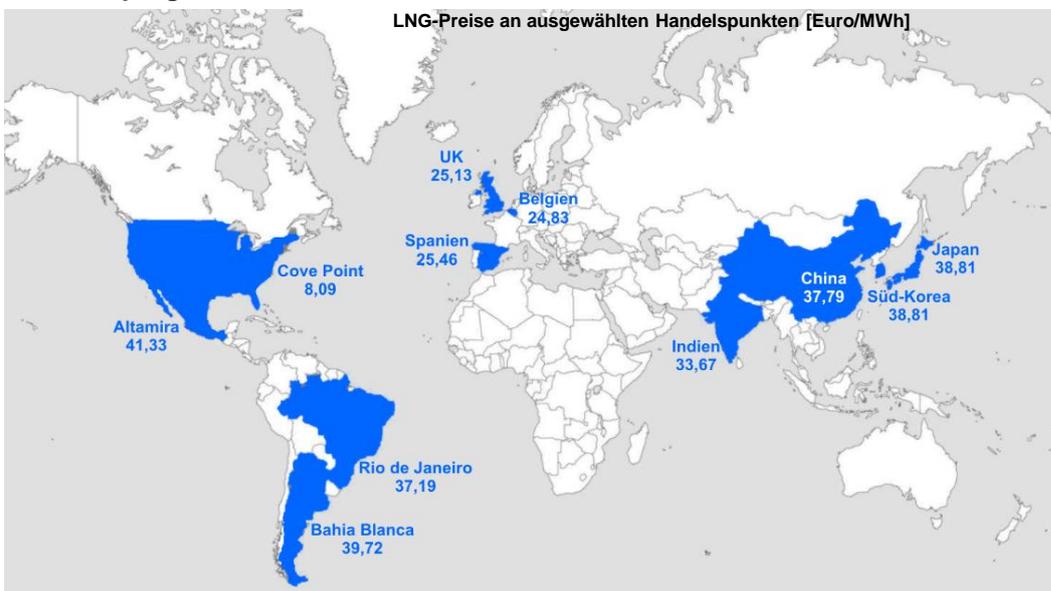
ist nicht das absolute Preisniveau. Entscheidend sind die Preisunterschiede an den verschiedenen konkurrierenden Standorten.

Und da ist Deutschland beim Strom- aber auch beim Gaspreis deutlich im Hintertreffen.

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Weltweit prognostizierte LNG-Preise für Oktober 2013



Quelle: Waterborne Inc., VIK Energieberatung GmbH

www.vik.de

6. November 2013, Berlin

VIK Verband der Industriellen Energie- und Kraftwirtschaft e.V.

Beim Gaspreis liegt Deutschland derzeit etwa um ein Dreifaches über dem Gaspreis in den USA. Beim Strompreis ist es etwa der Faktor 2. Und überall auf der Welt sinken die Kohlepreise vor allem wegen geringerer Nachfrage in den USA. Und mit dem Kohlepreis sinken in den wesentlichen Wettbewerbsländern im Gleichklang auch die Strompreise, denn Kohleverstromung ist immer noch in den meisten Ländern das vorherrschende Versorgungskonzept und wird es noch lange sein.

So sind weltweit Energiepreise in den meisten und wichtigsten Ländern eher stärker gesunken als in Deutschland. Ein Wettbewerbsvorteil ergibt sich deshalb

aus gesunkenen Strompreisen für die deutsche Industrie gerade nicht. Im Gegenteil: Sie machen die EEG-Bedrohung umso größer, denn die Preisdifferenz zwischen erneuerbarer und konventioneller Stromerzeugung wächst trotz aller Technologiefortschritte bei den Erneuerbaren weiter. Zeitgleich schwinden zunehmend Knappheitspreissignale für fossile Brennstoffe, die als Begründung und Hoffnung für den auch ökonomisch sinnvollen Umstieg auf die Erneuerbaren immer herangezogen wurden.

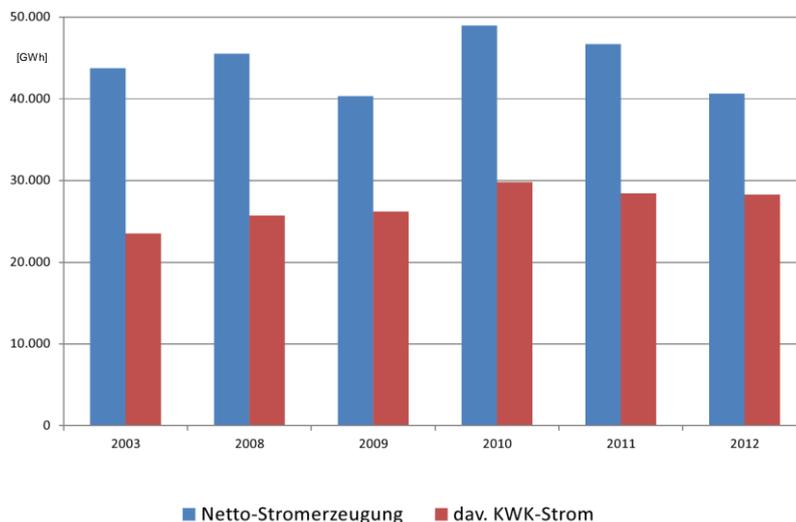
In Kombination mit der Unsicherheit aus dem deutschen EEG wird daraus mehr als eine Herausforderung für international orientiertes Wirtschaften am Standort Deutschland mit hohem Energiebedarf.

Industrieentlastungen sind Teil der Energiewende am Industriestandort Deutschland. Die Diskussion rund um die Industrieentlastungen ist für uns ein Ablenkungsmanöver von der eigentlichen Problemlage. Wir brauchen eine EU-abgestimmte, kosteneffiziente Förderung der Erneuerbaren, die wesentliche Bereiche des Industriestandorts nicht gefährdet!

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Entwicklung der Industriellen Eigenstromproduktion (2003 bis 2013)



8

Industrielle Eigenerzeugung.

Gemeinsam mit der Politik teilen wir die Einschätzung, dass die hocheffiziente Strom- und Wärme- oder Kälteerzeugung in Kraft-Wärme-Kopplungsanlagen ein wichtiger Beitrag zur Energiewende ist. Bei sehr niedrigen CO₂-Emissionen wird in diesen KWK-Anlagen Wärme für die Produktion und Beheizung produziert. Der dabei gleichzeitig erzeugte Strom kann ebenfalls in den Unternehmen verwendet werden oder geht an andere Abnehmer.

Bis 2020 sollen auf diese Weise 25 Prozent des deutschen Stroms erzeugt werden. Ein bedeutendes Klimaschutzziel, das gleichzeitig die Energiewende mit planbaren Kraftwerkskapazitäten als komplementäre Erzeugung zu den volatilen Erneuerbaren voran bringt. Soll die Energiewende gelingen und wirksame Klimaschutzpolitik betrieben werden, so werden wir auf die industrielle Eigenerzeugung in KWK-Anlagen und auf die Verstromung

von im Produktionsprozess anfallenden Kuppelgasen setzen müssen.

Trotz der Vorteile dieser Anlagen für Umwelt, Standorte bzw. Arbeitsplätze und das Stromnetz, ist die Wirtschaftlichkeit von Eigenerzeugungsanlagen nur schwer zu erreichen. Insbesondere in Zeiten relativ niedriger Strompreise ist die Investition in eine Eigenerzeugung keine Selbstverständlichkeit. Es hieße, das Kind mit dem Bade auszuschütten, wollte man diese Eigenerzeugung zusätzlich mit der EEG-Umlage belasten. Dann läge die Wirtschaftlichkeit weit außerhalb der Erreichbarkeit. CO₂-arme Erzeugung, die volatilen erneuerbaren Strom gut ergänzen könnte, um darauf aufbauend ein funktionierendes Gesamtsystem zu erzielen, stünde für die Bewältigung der Energiewende ganz sicher nicht im hinreichenden Maße zur Verfügung.

Die Diskussion um die EEG-Belastung von industriellen Eigenerzeugungsanlagen ist deshalb aus unserer Sicht fatal. Bereits die Diskussion darum ist ein schwerer Schlag für mögliche Anlagenvorhaben. Das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz ist ein bewusstes politisches Element der Energiewende. Es fördert und fordert KWK-Anlagen. Dies geschieht mit vergleichsweise sehr geringen Fördersummen. Dennoch liegt es auf der Hand: wer selber Förderung benötigt, um einen Anreiz für Investitionen zu haben, kann nicht noch für Andere – hier erneuerbare Energien – eintreten.

In den Unterlagen finden Sie das aktuelle Beispiel einer industriellen KWK-Anlage der Firma Kronos Titan, über das wir gerne auch in der anschließenden Diskussion berichten werden. Es zeigt die Anstrengungen des Unternehmens, die technologischen Herausforderungen und Lösungen für

Beiträge zur Energiewende und die Potentiale, die eine solche Anlage bietet. Nicht Entsolidarisierung also ist die Realität in der industriellen Eigenerzeugung, wie heute von der Öffentlichkeit und Politik vielfach angenommen, sondern hohes wirtschaftliches und technisches Engagement der Investoren!

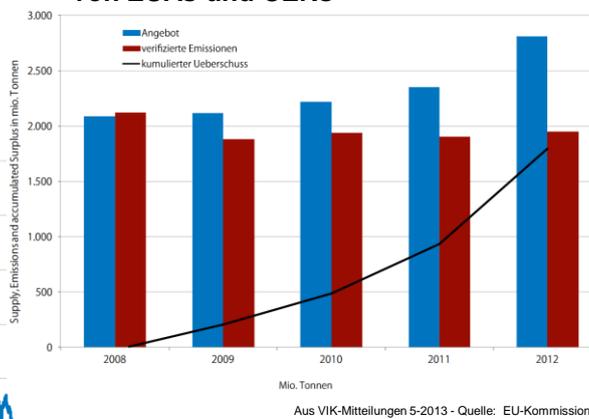
Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Angebot und Nachfrage im EU-Emissionshandel



Historische Entwicklung von EUAs und CERs



Aus VIK-Mitteilungen 5-2013 - Quelle: EU-Kommission

Emissionshandel

Im vergangenen Jahr wurde dieses Klimaschutzinstrument mit großer Skepsis betrachtet. Marktgerecht niedrige CO₂-Preise waren der Grund und sollten unbedingt verändert werden. Die Politik wollte das bis 2020 gefixte System unter dem Titel *Backloading* verändern.

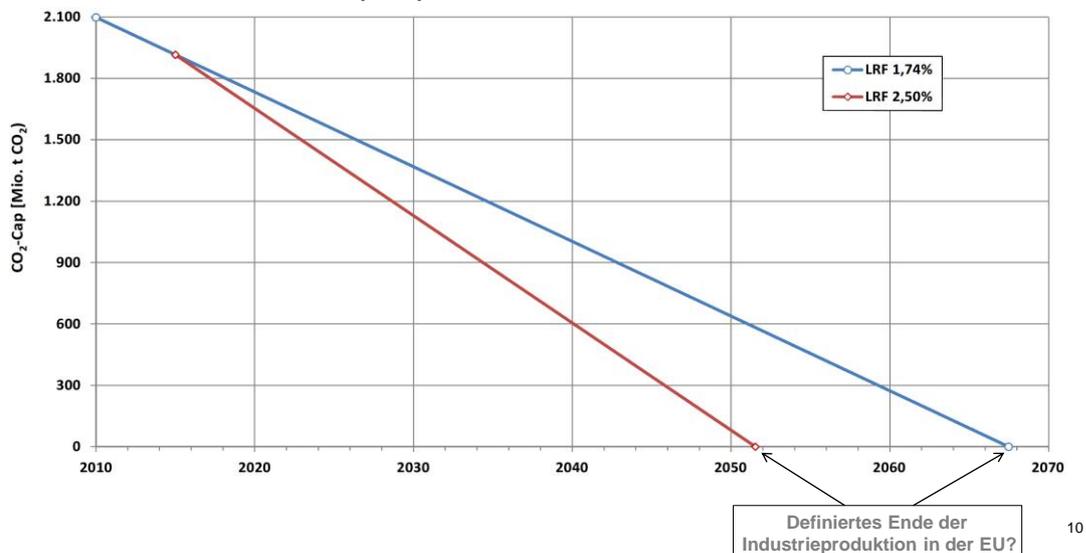
Aus Sicht des VIK schadet die Backloading-Idee dem Emissionshandel und der Industriepolitik der EU in allen Belangen. Der dadurch erzielbare Preis wird wenig ändern! Ein wohl gewünschter Schwenk bei der Stromproduktion von Kohle hin zu Gas jedenfalls wird damit nicht stattfinden.

Das ist erst bei CO₂-Preisen realistisch, an die heute niemand denken möchte: weit über 50 Euro pro Tonne. Der Strompreis würde damit im Übrigen um ca. 3,8 Ct/kWh steigen, eine ETS-Umlage quasi, die noch zusätzlich zur EEG-Umlage bei den Verbrauchern anfallen würde.

Hintergrundmaterial zur
VIK-Jahrespressekonferenz 2013



Entwicklung der industriellen CO₂-Emissionen in der EU abhängig vom linearen Reduktionsfaktor (LRF)



Insgesamt beunruhigend ist für die beteiligten Unternehmen die Unklarheit, wie es mit dem EU-Emissionshandel weitergehen wird.

Der CO₂-Minderungspfad für die ETS-Anlagen geht nach heutiger Rechtslage kontinuierlich nach unten, pro Jahr um 1,74 Prozent. Damit wird bis 2020 eine Minderung um 21 Prozent geschafft.

Projiziert man das in die Zukunft, so stehen im Jahr 2067 für die Industrie gar keine CO₂-Emissionen mehr zur Verfügung. Wie soll das funktionieren? Eine technologische Lösung: Industrieproduktion ohne CO₂-Emissionen ist bisher nicht erfunden. Ohne bisher nicht absehbare geniale

neue Technologieentwicklungen – hoffentlich kommen sie!
– liefere das auf ein Aussterben der EU-Industrie hinaus. Der Emissionshandel ist also – selbst bei niedrigen CO₂-Preisen – kein Kinderspiel für die Unternehmen, sondern ständige Mahnung an ein politisch angestrebtes Industrieende. Das soll und darf nicht unser Ziel sein. Deshalb:

Vielmehr sollte es die EU schaffen, bis 2020 internationale Klimaziele mit vergleichbaren Lasten für die Wettbewerbsländer zu etablieren und Wegbereiter sein für die Entwicklung rentabler Technologien, die es ermöglichen, industrielle Produktionsprozesse CO₂-frei zu gestalten.

Die Industrie, bis dahin vor allem als zu melkende Kuh zu betrachten, wird dabei nicht helfen. Technologieentwicklung findet statt, wenn Kapital zur Verfügung steht und ein investitionsfreundliches Klima geschaffen wird, das den Unternehmen die Perspektive signalisiert, dass sie bei hoher Effizienz auch in der Zukunft noch gewollt sind und Chancen haben.

Soviel an dieser Stelle zu diesem Thema.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.